



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Sofortige und schonungslose Aufarbeitung – Konsequenzen aus Söders „Museumsskandal“ ziehen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird wegen der offenen Fragen über die Verhandlungen und das Zustandekommen der Verträge für das Zukunftsmuseum Nürnberg aufgefordert,

- zu erklären, weshalb die gebotene Prüfung der Wirtschaftlichkeit des über 25 Jahre laufenden Mietpreisangebots fehlt,
- eine umfassende und transparente Untersuchung durchzuführen und über die Ergebnisse im Landtag bis Ende Juli 2023 zu berichten,
- eine umfassende und transparente Untersuchung von allen Verträgen über Immobilien durchzuführen, in denen die festgestellten Marktwerte überschritten wurden.

Begründung:

Das Zukunftsmuseum ist eine Zweigstelle des Deutschen Museums und befindet sich in der Nürnberger Altstadt. Dabei handelt es sich um ein Prestigeprojekt des damaligen Staatsministers für Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat Dr. Markus Söder. Er sprach von einem „deutschlandweit einzigartigen Charakter“ des Museums. Der Mietvertrag ist tatsächlich einzigartig nachteilig für das Land als Mieter.

Der Vermieter des Museums hat in der Vergangenheit an die CSU 90.000 Euro Spenden überwiesen. Der Oberste Rechnungshof (ORH) des Freistaates hat festgestellt: Dieser Vermieter erhält von der Staatsregierung Betriebskostenzuschüsse aus Steuergeld in Höhe von ca. 200 Mio. Euro für 25 Jahre. Die Miete kostet 2,5 Mio. Euro pro Jahr – mehr als das Doppelte des üblichen Marktpreises. Dabei handelt es sich um einen festen Mietvertrag über 25 Jahre.

Das Urteil „vermieterfreundlich“ des ORH zu dem Mietvertrag zeigt fundamentale Missstände in der Regierung auf. Die Aufgabe der Staatsregierung ist ein verantwortungsvoller Umgang mit den Steuergeldern, nicht etwa Zugeständnisse an parteinahe Vermieter. Ein weiteres Urteil der Rechnungsprüfer bezeichnet die Mietkosten als „insgesamt hoch“.